

Nachhaltige Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern in Bayern

- Eckpunktepapier -

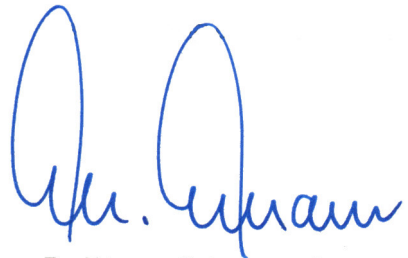
Vereinbarung zwischen
dem
Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und
Verbraucherschutz,
dem
Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und
Technologie
und
der E.ON Wasserkraft GmbH, der BEW Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
und den von ihnen vertretenen Wasserkraftunternehmen,
vom 09. November 2006

Präambel

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie unter Beteiligung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und die E.ON Wasserkraft GmbH, die BEW Bayerische Elektrizitätswerke GmbH und die von ihnen vertretenen bayerischen Wasserkraftunternehmen vereinbaren die nachfolgenden Grundsätze und Eckpunkte für eine nachhaltige Wasserkraftnutzung an den staatlichen Gewässern erster Ordnung in Bayern, die von den genannten Wasserkraftunternehmen genutzt werden. Das sind insbesondere Donau, Inn, Isar, Lech und Main.

Sie bekennen sich damit zu vorsorgenden, zukunftsweisenden und praxisgerechten Eckpunkten für eine nachhaltige und mit den Belangen der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes sowie der bayerischen Klimaschutz- und Energiepolitik abgestimmten Wasserkraftnutzung, soweit es den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen betrifft. Damit liegt ein umfassendes Konzept vor, das die nachhaltige Wasserkraftnutzung an den betreffenden staatlichen bayerischen Gewässern durch die großen Wasserkraftunternehmen sicherstellen soll.

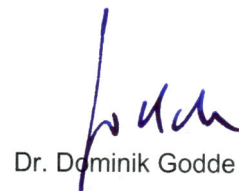
Eine entsprechende freiwillige Vereinbarung war im Umweltpakt Bayern „Umweltverträgliches Wirtschaftswachstum“ vom 25. Oktober 2005 angekündigt. Mit den nachfolgenden Grundsätzen und Eckpunkten wird die Vision einer nachhaltigen Entwicklung konkretisiert und ein Beitrag zur angestrebten Verbesserung der Umwelt- und Standortbedingungen geleistet.



Dr. Werner Schnappauf
Bayerischer Staatsminister
für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz



Erwin Huber
Bayerischer Staatsminister
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie



Dr. Dominik Godde
Geschäftsführer
E.ON Wasserkraft GmbH



Dr. Olaf Heil
Geschäftsführer
BEW Bayerische Elektrizitätswerke GmbH

Nachhaltige Wasserkraftnutzung in Bayern Grundsätze

1. Die Wasserkraft ist ein wesentlicher Bestandteil der regenerativen Energiegewinnung und unverzichtbarer Baustein im bayerischen Energiemix. Die Nutzung vorhandener Ausbaupotenziale ist ein weiterer Beitrag zur verstärkten regenerativen Energienutzung und zum Klimaschutz.

2. Der Ausbau der Wasserkraftnutzung trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei, indem die wasserwirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Funktionen der Gewässer, die Lebensraumqualitäten der jeweiligen Gewässerabschnitte bzw. Planungsräume und deren weitgehend naturnahe Struktur bestmöglich erhalten, verbessert oder wiederhergestellt werden sollen.

3. Die Wasserkraftunternehmen als wesentliche Nutzer und Betreiber an den Gewässern und die genannten Bayerischen Staatsministerien unterstützen die Ziele und Eckpunkte dieser Vereinbarung.

4. Diese Vereinbarung dient insbesondere der 1:1-Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) unter Nutzung der landesrechtlichen Ermessensspielräume (Bayernlösung).

5. Die Vorgaben zur Umsetzung der WRRL ergeben sich aus dem Bewirtschaftungsplan und den Maßnahmenprogrammen. Die Wasserkraft-

unternehmen werden bei der Aufstellung der Pläne und Programme angemessen beteiligt.

6. Entscheidungsgrundlage sind nach Möglichkeit fachlich abgestimmte Paketlösungen, die für die Beteiligten win-win-Lösungen darstellen.

7. Die Verbesserung der Durchgängigkeit und der Mindestwasserabflüsse wird angestrebt, soweit dies fachlich sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist. Die Basis bilden übergreifende fachliche Konzepte für die Paketlösungen bzw. für die Planungseinheiten.

8. Bei der Aufstellung und Verfolgung der Ziele im Maßnahmenprogramm werden ökologische, ökonomische und technische Aspekte im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes berücksichtigt. Dabei prüfen die Beteiligten Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Vertretbarkeit und der Effizienz.

9. Die Beteiligten vereinbaren, in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen einen Vorschlag zur Änderung und Ablöse der bisher geltenden Heimfallregelung konstruktiv zu prüfen.

10. Behördliche Verfahren sollen sich an den Zielen Vereinfachung und Deregulierung orientieren und das Verursacherprinzip berücksichtigen.

Anlage: Eckpunkte

Eckpunkte für die Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern in Bayern

	<div>Eckpunkte Kriterien</div>	
A	Rahmenkonzept	Die Eckpunkte sowie die allgemeinen Grundsätze bilden ein Rahmenkonzept grund- legender Maßnahmen und Vorgaben für eine mit den Zielen der WRRL sowie Zielen von Natura 2000 und der bayerischen Klimaschutz-und Energiepolitik abzustimmende nachhaltige Wasserkraftnutzung.
A.1	Ziele	Erhalt und Stärkung der Wasserkraftnutzung Erhalt und Verbesserung der Gewässerökologie und des Hochwasserschutzes Beitrag zur Umsetzung der „WRRL Bayernlösung“ Erarbeitung von best-practice-Modellen zur Vereinbarkeit von Wasserkraft und Ökologie Best practice in der Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen bei Betrieb, Über- wachung und Unterhalt der Wasserkraftanlagen Beitrag zur Deregulierung und Vereinfachung der Verfahren Imageverbesserung der Wasserkraft Sicherstellung der Wettbewerbsgleichheit Harmonisierung des Vollzugs
A.2	Paketlösung	Entscheidungen zur Nutzung der Wasserkraft sind grundsätzlich Einzelfallbetrachtungen. Grundlage hierfür sind nach Möglichkeit fachlich abgestimmte Paketlösungen für die Wasserkraftnutzung oder detaillierte Programme und Bewirtschaftungspläne für größere Gewässerabschnitte/Flussgebietseinheiten, die für die Beteiligten win-win-Lösungen darstellen.
A.3	Ausbaupotenzial	Die Wasserkraft ist ein wesentlicher Bestandteil der regenerativen Energiegewinnung und unverzichtbarer Baustein im bayerischen Energiemix. Die Nutzung vorhandener Ausbau- potenziale ist ein weiterer Beitrag zur verstärkten regenerativen Energienutzung und zum Klimaschutz. Deren Nutzung trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei, indem die wasserwirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Funktionen der Gewässer, die Lebens- raumqualitäten der jeweiligen Gewässerabschnitte bzw. Planungsräume und deren weit- gehend naturnahe Struktur bestmöglich erhalten, verbessert oder wiederhergestellt werden sollen.
A.4	Imageverbesserung der Wasserkraft	Es wird eine angemessene Wahrnehmung der großen Bedeutung der Wasserkraft- nutzung und deren Multifunktionalität in Bezug auf Wasserwirtschaft, Naturschutz und andere öffentliche Belange angestrebt.
A.5	Bilanz	Die Umsetzung wird in einer Gesamtschau bilanziert: installierte Leistung/Arbeit, vermiedene CO2-Emissionen, Durchgängigkeit, Restwasser, Lebensraum und Arten sowie Beitrag zum Hochwasserschutz.

	<div>Eckpunkte</div> <div>Kriterien</div>	
B	Umsetzung WRRL	1:1-Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) unter Nutzung der landesrechtlichen Ermessensspielräume (Bayernlösung). Rechtliche Grundlage sind die Umsetzung in WHG, BayWG, Gewässerzustandsverordnung. Unterschiedliche Bewirtschaftungsziele nutzen (Prioritäten setzen, planerischer Ansatz, Ausnahmen, Verlängerungen).
B.1	Durchgängigkeit	Ziel ist in der Regel die Verbesserung der Durchgängigkeit. Anforderungen im konkreten Einzelfall ergeben sich aus einem „gesamtökologischen Konzept“ für größere Gewässereinheiten und Vorgaben der Maßnahmenprogramme für die Flussgebietseinheit bzw. den Planungsraum.
B.2	Mindestwasserabfluss	Maßstab für das anzustrebende gute ökologische Potenzial bei künstlichen und erheblich veränderten Gewässern: Positive Beispielgewässer für wasserkraftgenutzte Gewässertypen. Einzelfallbeurteilung für die großen Wasserkraftanlagen, Prüfen der Dynamisierung der Mindestwasserabflüsse in Ausleitungsstrecken.
B.3	Aufstau, Absenkung, Auendynamik, Grundwasser, Geschiebehaushalt	Ziel ist die unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit bestmögliche Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der grundwasserabhängigen Landökosysteme und der Auen in den Fließgewässerabschnitten sowie die Verbesserung der Flussmorphologie und des Hochwasserschutzes.
B.4	Bewirtschaftungsplan/ Maßnahmenprogramm	Die Vorgaben zur Umsetzung der WRRL ergeben sich aus dem Bewirtschaftungsplan und den Maßnahmenprogrammen. Die WKU werden bei der Aufstellung der Pläne und Programme angemessen beteiligt.
B.5	Kompensationsmöglichkeiten	Zur Umsetzung und Verfolgung der Ziele aus dem Maßnahmenprogramm, die ohne Kompensation nicht wirtschaftlich vertretbar wären, prüfen die Beteiligten Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz, wie z.B. Restwasserkraftwerke, Erhöhung des Stauziels und/oder des Ausleitungsabflusses.
B.6	Verhältnismäßigkeit	Bei der Aufstellung und Verfolgung der Ziele im Maßnahmenprogramm werden ökologische, technische und ökonomische Aspekte im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes berücksichtigt.

	<div>Eckpunkte</div> <div>Kriterien</div>	
C.	Genehmigungsverfahren	Genehmigungsverfahren sollen sich an den Prinzipien Vereinfachung, Deregulierung, Verursacherprinzip orientieren.
C.1	Genehmigungsdauer	Gemäß WHG in der Regel längstens 30 Jahre. Im Einzelfall begründete Verlängerung durch Anpassung an Investitions- und Amortisierungszeiträume und Anrechnung von Leistungen bei der Umsetzung des Maßnahmenprogramms.
C.2	Auflagen/Belastungen zur Gewässerpflege	Auflagen nach dem Verursacherprinzip. Die Übertragung weiterer Aufgaben bedarf der Vereinbarung.
C.3	UVP bei Instandsetzung, Neubewilligung	UVP bei bestehenden Wasserkraftnutzungen im Rahmen einer Neubewilligung in möglichst vereinfachtem Verfahren unter Nutzung der vorhandenen Unterlagen und Daten. Bei Instandsetzung keine UVP bei unverändertem Benutzungstatbestand, außer Baumaßnahmen selbst führen zur UVP-Pflicht.
C.4	Schwellbetrieb	Beitrag zur Versorgungssicherheit ist in der Abwägung mit den ökologischen Zielen/Belangen zu berücksichtigen.
C.5	Gewässerentwicklungsplan (GEP), Kostenbeteiligung	GEP ist ein verwaltungsintern abgestimmtes Fachkonzept der WWA ohne unmittelbare Rechtsverbindlichkeit. Er enthält Maßnahmenhinweise für die Gewässerentwicklung und -pflege, die im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder durch Vereinbarungen mit dem Baulastträger (Staat) umgesetzt werden können („Werkzeugkasten“).
C.6	Heimfall	Die Beteiligten vereinbaren, in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen einen Vorschlag zur Änderung und Ablöse der bisher geltenden Heimfallregelung konstruktiv zu prüfen.